

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

25 (30.1.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-432588](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-432588)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 2,75 Mark, bei Abholen von der Expedition 2,40 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6,50 Mark, monatlich 2,10 Mark ausinkl. Befreiung.

Republik

Preis 15 Pf.

Bei den Inserenten wird die entsprechende Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Kästchen-Wörterreihen und Ungelegen, sowie der Platten mit 55 Pf. berechnet, für auswertige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Kalkulationszettel 2,50 Mk. Plattenarbeiten unentgeltlich.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Freitag, 30. Januar 1920 * Nr. 25

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265

Zentrum und Sozialdemokratie.

Zum Parteitag des Zentrums schreibt Genosse Stampefer: Der Parteitag erinnert zu recht daran, daß es jenseits des Streits zwischen Sozialdemokraten und Reichsweilern noch andere innere politische Probleme in Deutschland gibt, die man nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie einfach ignoriert. Trotz des gewaltigen Ansehens der Sozialdemokratie haben die Wahlen vom Januar 1919 noch immer eine betrübliche bürgerliche Mehrheit ergeben, und in dieser Mehrheit ist das Zentrum die stärkste Partei. Die bürgerliche Mehrheit hat geliebt, aber sie ist noch den Wahlen nicht in Erscheinung getreten, weil Zentrum und bürgerliche Demokratie mit den Worten des reaktionären Nationalismus nichts zu tun haben wollten, sondern sich auf das Regierungschiff setzten, das die Sozialdemokratie steuerte. Eine bürgerliche Mehrheit wäre eine monarchistische Mehrheit geworden, und die Hauptstützen des alten Regimes, die Schuldigen des Krieges und der Niederlage, hätten in ihr die Führung gesucht. Die Ausfichten, die sich daraus ergaben, waren für das Zentrum zu abschreckend, daß es lieber eine Revision seiner Grundzüge vorschlug, als die Sozialdemokratie half, den Ausbau der deutschen Republik durchzuführen und zu sichern. Wenn einmal die Geschichte der deutschen Novemberrevolution geschrieben werden wird, so wird es für den Geschichtsschreiber eine reizvolle Aufgabe sein, zu untersuchen, wie zwei bis dahin monarchistische Parteien zu Stützen des republikanischen Neuaufbaus werden konnten, wir glauben heute schon sagen zu dürfen, daß in keinem Urteil die politische Geschicklichkeit, mit der die Sozialdemokratie damals zu diesem Zweck operierte, nicht schicklich abschätzen wird.

Es ist selbstverständlich, daß sich eine solche Umstellung nicht ohne innere Reibungen vollziehen kann, selbstverständlich, daß es im Zentrum Streit gibt, die sich mit der republikanischen Orientierung ihrer Partei nicht so leicht abfinden können und die der früheren Kampfgemeinschaft mit der Rechten ein wehmütiges Angehen bemerkt haben. Sich mit ihnen auseinander zu setzen, ist die Aufgabe des Parteitages, und es will nicht scheinen, als ob jene Elemente die Oberhand gewinnen könnten. Ihr bloßes Vorhandensein muß auch für uns ein Warnungssignal sein.

Die Koalition mit dem Zentrum und der bürgerlichen Demokratie war notwendig, um die Regierung auf eine breite parlamentarisch-demokratische Grundlage zu stellen und zunächst über die allerersten Schwierigkeiten hinweg zu kommen. Zu diesen Schwierigkeiten gehört unter anderem auch — es wäre unnütz, dies zu verheimlichen — der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten, um alle wichtigen Stellen der Regierung und der Verwaltung zu besetzen. Und dabei ist doch die Sozialdemokratie der Hilfe unter den heute vorhandenen Arbeiterparteien, und ihr Reichtum an geistigen Kräften ist im Vergleich zu den anderen unendlich groß. Der Optimismus der kleinen Gruppen, die alles allein machen wollen, ist wahrhaftig zu denken, er würde aber, wenn er auf die Probe des Regierensmüllens gestellt würde, geradezu groteske Erfahrungen machen.

Was also die Koalition aus den verschiedensten Gründen eine augenblickliche Notwendigkeit ist, so wäre es doch gründlich falsch, an ihre ewige Dauer zu glauben. Vor einem solchen Glauben müssen wir schon die unerbittlichen Strömungen im Zentrum warnen. Ein Rechtsabwärtswenden dieser bürgerlichen Partei ist ein Ereignis, das im Laufe der Zeit mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Dann bleiben die Möglichkeiten einer anti-sozialistischen Mehrheitsbildung oder einer demokratisch-sozialdemokratischen Mehrheit oder schließlich die einer rein sozialdemokratischen Mehrheit. Auf alle Fälle muß sich die Sozialdemokratie sehr stark erhalten, wenn sie der Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheitsbildung unter monarchistisch-nationalistischer Führung auf die Dauer einen Riegel vorsetzen will.

Man darf nicht übersehen, daß die Rede des zur Regierungspolitik stehenden Abgeordneten Trimbom in Bezug auf die Stellung der Partei zur Republik mit größter diplomatischer Vorsicht abgefaßt ist. Sie enthält eigentlich gar kein direktes Bekenntnis zur Republik, auf dem Wege des begünstigt sich damit, den Verzicht, die Republik auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes wieder einzuführen, nachdrücklich abzulehnen. Auf verfassungsmäßigem Wege könnte die Monarchie wieder einmündig werden, wenn zwei Drittel des Reichstages und des Reichsrats oder die Mehrheit aller Reichsgenossen für sie gewonnen sind. Dem Weg zu einer solchen verfassungsmäßigen Wiedererrichtung der Monarchie will Trimbom dem Zentrum nicht verbieten, und es ist selbstverständlich, daß es auf ihm dem allerhöchsten Widerstand der Sozialdemokratie begegnen wird.

Dann treten die harten agrarischen und vorkapitalistischen Strömungen. Die ersten führen zu einer unmittelbaren Interesselverbindung mit der Rechten, die zweiten werden von dieser aus Gründen einer skrupellosen Politik gefördert.

So fehlt es nicht an Anzeichen, die die Sozialdemokratie zur äußersten Vorsicht auffordern. Die Sozialdemokratie hat allen Grund, sich das Hauswort im Gedächtnis zu halten: „Werd' ich berührt ist mich auch ein Foulsbett legen, so sei es gleich um mich getan!“ Die Koalition darf für die Sozialdemokratie nicht zu einem Faustbrett werden, in dem sie ihre eigene Aufgabe verliert, stärker und stärker zu werden, bis sie ihre Grundzüge, ohne Bindung an Koalitionsbedürfnisse und tatsächliche Verden, vollständig durchzusetzen imstande ist.

Ein deutscher Schritt in Paris.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Deutsche Regierung eine Note nach Paris geschickt habe, worin sie verlangt, die Alliierten zur Rücknahme des Artikels 228 des Friedensvertrages, der die Auslieferung der Schuldigen betrifft, zu bewegen. Die Note bittet die Entente, auf das Auslieferungsgesetz zu verzichten. Diese Note sagt, eine Auslieferung würde in Deutschland große Unruhen hervorrufen, wodurch die ganze Welt gefährdet werden würde. Im übrigen werden darin alle Gründe der inneren und der äußeren Politik, die gegen die Auslieferung der von der Entente beschuldigten Veronen sprechen und die in den letzten Monaten und Wochen dem Vertreter der Entente mündlich dargelegt worden sind, scheinlich noch einmal ausführlich vortiert. Da die Frage der Auslieferung der Schuldigen nach den letzten geographischen Bedingungen von den Alliierten unterstellt werden soll, dürfte diese gesamtstaatliche Verlegung des deutschen Standpunktes gerade gar rechten Zeit kommen.

Die Z. U. meldet übrigens noch: Nach einem Londoner Telegramm der R. Richter St. erklärt die Weltm. Gaz. und World George sei mit einer Neuorientierung aus Paris zurückgekommen. Er sei sich darüber im Klaren, daß die Entschlüsse, welche die Friedensverträge unbeschadet bleiben müssen und sei überzeugt, daß die Weltm. Gaz. den Frieden wieder geöffnet werden müsse. Er sehe ein, daß dies nur möglich sei, wenn der Kredit Deutschlands wiederhergestellt werde. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Anleihe an Deutschland sein. Die Weltm. Gaz. meint, daß die Neuorientierung auch von Nutzen in den Bestimmungen über die Wiederaufnahme nach sich ziehen könnte.

Unsinntige Gerichte.

In letzter Zeit mehren sich die Gerichte, die von einer Einstellung der Zahlungen des Reichs wissen wollen. Der Berliner Lokal-Anz. wird von kompetenter Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß alle Gerichte von einer Einstellung des Zinsendienstes der Reichs- und Kriegsanleihen sowie der bundesstaatlicher Anleihen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Zur Beamtensoldatenreform.

Die Tägliche Rundschau äußert folgendes: Das Dienstverhältnis der Beamten weicht aus dem Grundgesetz und dem Ortsstatuten ab. Neben dem Dienstverhältnis werden gewährt Teuerungszulagen, welche die Erhaltung eines ausreichenden Existenzminimums ermöglichen. Der Ortsstatut nach nach Ortsstatuten sind in drei Gehaltsgruppen zusammengefaßt. Die Teuerungszulagen sollen sich möglichst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage anpassen. Die Dienstverhältnisse werden bis zum nächsten 1. Lebensjahre geändert. Dienstverhältnisse nach dem Grundgesetz im vollen Umfang und der Ortsstatuten sind nicht denkbar. Im Interesse der Einheitlichkeit der Beamtensoldatenreform ist die Zahl der Beamtensoldaten nach Möglichkeit zu verringern.

Die neuen Gütertarife.

Wolff meldet heute: Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnen beschließen mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Entwicklung der Ausgaben infolge der Erhöhung der Besoldung der Beamten und Arbeiter und aller Materialpreise, zum 1. März eine allgemeine Erhöhung der Güter- und Lasttarife um 100 Proz. einzusetzen zu lassen. Die bringende Kennzeichnung, die Erhöhung sofort durchzuführen, gegen die Regierungen, auch diesmal wieder die Form einer progressiven Tarifveränderung zu wählen. Die künftige Tarifveränderung und der Ausmaß der Verkehrssteuern sind mit der systematischen Einleitung der seit Kriegsbeginn eingetretenen Erhöhung der Güter- und Lasttarife beschäftigt. Auch eine Erhöhung der Verkehrssteuern wurde grundsätzlich beschlossen. Neben der Erhöhung und den den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Aus dem Ruhrrevier.

Abteilungsleiter der Regierung erklärt dem Vertreter der Völk. Sig.: Durch die Zerschlagung der vier autonomen Bergarbeiterverbände, die die Umfassung der Selbstverwaltung der internationalen Regelung abgeben, ist die Gefahr eines allgemeinen Streiks bedroht. Man ist jedoch nicht entschlossen, daß an einzelnen Orten Unruhen und Ausschreitungen trotzdem Gerüche auf Erregung der Behörden sind nicht unternehmen werden, entweder durch Streik oder durch die Kampfmethoden der passiven Resistenz oder durch direkte Aktion, d. h. indem sie nach feststehender Ordnung wieder ausführen. Welche Wirkung werden diese Verhandlungen auf den Fortschritt der Verhandlungen haben? Man ist sehr gespannt, was werden die nächsten Schritte der radikalen Arbeiter auf gemeinsame Durchführung der Selbstverwaltung sein. Was es wird ausgeführt werden. Mit Streikenden wird nicht verhandelt. Alle Streikenden gelten als verlassen und müssen, wenn sie auf

ihren Beinh wieder in Arbeit treten wollen, sich neu anwerben lassen. Daß die Führer der wilden Streikbewegungen von der Evidenznahme ausgeschlossen werden, ist selbstverständlich. Einen Schutz vor Maßregelung wird die Regierung in diesem Falle nicht gewähren.

Um die Zwangswirtschaft.

Aus Berlin wird gemeldet: Die preussische Landesversammlung erließ am Mittwoch die Abstimmung über die zur Zwangswirtschaft gezielten Entwürfe. Die erhoffte Mehrheit wurde mit 181 Stimmen des Zentrums und der beiden sozialistischen Parteien gegen 102 Stimmen der Rechten und der Demokraten der Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft an den Ausschuss überwiesen, dem gleichzeitig der demokratische Antrag überwiesen wurde, die Frage auf Aufhebung der Zwangswirtschaft der neuen Vertriebsprodukte zu stellen.

Die Landesversammlung nahm den Antrag, Friedberg auf Regelung eines allgemeinen Arbeitsschutzes und der Schlichtungsgerichtsbarkeit an.

Oldenburgischer Landtag.

Der Landtag tritt am morgigen Freitag zu einer Plenarsitzung zusammen. Unter den Tagesordnungspunkten befindet sich u. a. auch die Erhöhung der Teuerungszulagen an die Beamten.

Im Eingangs an den Landtag befindet sich eine Reihe des Oldenburgischen Landtags, die auf folgende Forderung hinausläuft: 1. Auflösung eines Landtagsbeschlusses dahingehend, daß die Regierung ermächtigt wird, den Oldenburgischen Landtag die Rechte für den ersten von Wangen und Herforden zu gewährleisten, die die Beschleunigung der mittleren Grade über 2. Außerdem: Erlass eines Ausfuhrverbotes für alle künftig reichsweit etwa freigegebenen Getreide- oder Hülsenfruchtarten und Aufhebung dieser auf die Gesamtimporte für Mecklenburg, soweit sie nicht zu menschlicher Ernährung innerhalb des Reichsgebietes nötig sind, und zwar zu beliebigen Preisen, die das Reich für den Roggen festgesetzt hat, von Oldenburg Staats nach obigen Anträge genehmigt werden.

Eine Pachtvorschrift.

Der im Reichsarbeitsministerium bearbeitete Entwurf einer Pachtvorschrift, deren Erlass die Nationalversammlung verlangt hatte, ist den beteiligten Ministern zur Beratung vorgegangen. Der Entwurf sieht zur Schlichtung von Streitigkeiten über landwirtschaftliche Pachtverträge und ähnlichen Vereinbarungen für gewerblich land- oder gartenwirtschaftlich genutzte Flächen kleineren Umfangs Schlichtungsstellen vor. Diese werden eine gewisse Reichweite mit den Kreisverwaltungen aufweisen, andererseits aber den besonderen Verhältnissen des Landes in vollem Umfang Rechnung tragen. Sie sollen in erster Linie auf einen Vergleich hinwirken und anschließend im Falle der Unmöglichkeit der Erreichung solcher Schlichtungen über die Befugnisse zu vollstrecken, daß die erforderliche Rechtskraft der Pachtverträge gewährleistet bleibt. Die Verordnung, die am 1. April, aber mit rückwirkender Kraft in Kraft treten soll, gilt auch für Pachtverträge ohne Einschreibung bezüglich der Größe des Pachtlandes.

Die Heße der rechtsstehenden Presse.

In einer Zusammenstellung von Volksäußerungen weist die Presseabteilung der Regierung auf die Heße hin, die seit Roter und Tag von den Blättern der Rechten gegen Reichsmittel Erzeuger mit den Mitteln der mütterlichen Agitation geführt worden ist. Die Rundschau betont, daß die heftigen Schläge der Mütter nicht nur das Echo heftiger Pressestimmen darstellen, von denen hier einige wiedergegeben werden sollen.

So schrieb die Deutsche Zeitung vor kurzem anlässlich seiner Stuttgarter Rede über Erzeuger: „Aus der Hand der von ihm mißleiteten Massen empfängt der Demagoge seine Etroffe. Es macht ganz den Eindruck, als ob für den Erzeuger Erzeuger das „Gang und Gange“ demnach angeschlossen sein wird. Der Erzeuger geht nur so lange um Brannen, bis er bricht.“ Weiter wird gesagt, daß auf der Seite Erzeuger der Hölle der Reue komme, die den Hölle mit dem Felde in den Rücken gefallen seien.

Die Tägliche Rundschau schreibt am 20. Januar zum Erzeuger-Brosch: „Der Hunger, aber nicht lustvolle Herr Erzeuger, der auf einem Umwege an die Verhandlungstische gekommen ist, hat das auch nur in Begleitung von zwei Beistandern genügt.“

Der Hannoverische Kurier schreibt am 8. Januar über die oben erwähnte Stuttgarter Rede: „Wahrscheinlich, weil Erzeuger es nicht wagen darf, sich in Berlin und anderen Städten des Reichs öffentlich zu zeigen, ist er noch Stuttgart gegangen, um dort fern vom Scheitler sein Wort von dem Eindruck der auf ihn gebühenden Vorwürfe zu brechen.“

Der Lokal-Anzeiger schreibt zum Oeffentlich-Brosch: „Der Anblick des verdorbenen Gewerks treibt ihn (Reichs) zu immer schärferen Worten und als er Erzeuger den Vorwurf nicht scheut, daß er die Propaganda in einer Weise betreibt, die nicht der Bestimmung der Reichs-Verträge, sondern der heftigen Beschuldigung des englischen Staatsminister war, daß schüttelt er die Hand gegen ihn, daß es fast den Anschein hat, als wolle er ihm das in seinen Händen befindliche Manuskript vor die Nase werfen.“

Die Deutsche Zeitung schreibt in einem Bericht über den Erzeuger: „Die Stimmungen des großen Mannes kommen in der Schwelle des Reichsgebietes, von dem aus die Reichs-Verträge nicht mehr beschützt, als er sie dort hinaus? Drei Stimmen im Publikum rufen hinter mir erdröten den Haß. „Ständel“, flüstert die eine, haben die Leute nicht anders zu tun, als mit Erzeuger spazieren zu gehen? Ueberall wird eingedrungen und gelächelt, die Polizei hat keine Zeit und keine Geduld, sich darum zu kümmern, aber so ja etwas ist Zeit und sind Besitze da.“

Ämtliche Bekanntmachungen. Küstringen.

In das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Küstringen... Anträge der Interessenten... am 22. Januar 1920.

Neue Brotausweiskarten.

Am Freitag, den 30. Januar 1920 von 8.30 bis 1 Uhr und von 3.30 bis 6.30 Uhr werden für den Bezirk 6 in der Schule...

zum Bezirk 7... zum Bezirk 8... zum Bezirk 9...

Wir bringen erneut zur Kenntnis, daß Fleisch und Fleischwaren gemäß § 4 der Bekanntmachung des Reichswehrministeriums...

Dr. Ketterhoff.

Zum Überhandnehmen werden gemäß § 19 derselben Verordnung mit Belangnis bis zu einem Jahre...

ADLER-THEATER. Nur noch bis Freitag, den 30. Januar 1920! GRAF TONI! Zum ersten Male! Sonntag, den 31. Januar 1920! DER ZIGEUNERPRIMAS!

Wilhelmshaven. Die ämtliche Fürsorgebehörde für Hinterbliebene im Kriege... am 31. Oktober 1918.

Gemeinde Schortens. Sämtliche noch nicht abgeklärte Schäden infolge der Explosion in Marienfelde...

Umtausch der Seifenkarten für Bezirk Heidmühle am 2. Februar...

Landgemeinde Varel. Sitzung des Gemeinderats der Land- u. Gemeinde Varel am Dienstag, den 5. Februar 1920...

Gemeinde Zetel. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Stelle des Gehilfen...

Drei schöne Zuchtschweine auf sofort und zu Ökern werden Bootsbaulehrlinge unter günstigen Bedingungen gesucht.

Die kleinen Anzeigen haben infolge der Massenverbreitung der „Republik“ stets den größten Erfolg!

Auktion. Freitag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr anfangend...

Auktionator Albr. ter Veem. Hilte zum Umpressen werden jetzt angenommen.

In verkaufen. 1 Herren-Wagen (Merz) 12er, 1 weib. Zigar. 2 V. Wälzsch. 31. Hinterhaus, 1 Zr. links.

Offene Stellen. Gesucht sofort ein Schuhmacher-Gehilfe für neue Arbeit...

Verchiedenes. Wilhelmshaven-Küstringer Sirenenvereinsmitglied. Übernahme der Reinigung von Bürgersteigen...

Schneuer-Pulver. Bester Erfolg für Soda Patent 20 Pf. Wenzel.

Metallbetten. Stahlrohrbetten, Eisenbetten, Polster an ebenem Mann. Katalog frei.

Achtung! Humor! Unterhaltungs-Berein Brunstide. Einladung zu der am 31. Januar im Küstringer Hof...

Stalienenischen Nacht verbunden mit großem Kappenball. Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend im Württemberger Hof...

Deckers Mühlenhof. Am Freitag, den 30. Januar, im Wilhelmshavener Gesellschaftshaus...

Doppel-Regelbahn. mit allem Zubehör ist sofort zu verkaufen.

Ringkämpfe im Wilhelmshavener Gesellschaftshaus. Achtung, im gebieteten oberen Saal! Finale-Kämpfe! Drei interessante Kämpfe!

Kaufe Gold- u. Silbermünzen. zahle allerhöchste Preise. Geschäftsverbindung m. Händler angenehm.

Zetel. Vortrag von H. phil. Karl Kuchler: In der Wunderwelt der Färberei mit 110 Lichtbildern nach eigenen photoogr. Aufnahmen.

